

EU-Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Eine kritische Bilanz

Michaela Hofmann

Circa 80 Millionen Menschen oder 16 Prozent der europäischen Bevölkerung sind von Armut bedroht. In Deutschland waren 2008 14,4 Prozent der Bevölkerung und rund ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren arm sowie rund 1,6 Millionen Menschen, die trotz der Ausübung einer Erwerbstätigkeit armutsgefährdet sind (1). Dabei hatten die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einschließlich Deutschland in der Lissabon-Strategie von 2000 vereinbart Europa zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen und die Beseitigung der Armut bis 2010 entscheidend voranzubringen.

Mit der Ausrufung des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung für das Jahr 2010 durch das Europäische Parlament und den Europäischen Rat sollte die politische Verpflichtung der Lissabon-Strategie bekräftigt werden, eine aktive Armutsbekämpfung zu betreiben. Alle Mitgliedsstaaten wurden aufgefordert, die festgelegten Leitziele und Leitprinzipien des Europäischen Jahres zu verfolgen, sie in einer Nationalen Strategie aufzugreifen und umzusetzen. In Anbetracht der Wirtschaftskrise, der steigenden Anzahl von Langzeitarbeitslosen und Erwerbstätigen im Niedriglohnbereich stellte die Umsetzung des Europäischen Jahres eine große Herausforderung für alle Regierungen und Gesellschaften der EU dar. Im Einzelnen wurden die Ziele verfolgt:

- **Anerkennung von Rechten:** Alle Menschen haben das Recht, in Würde zu leben und an der Gesellschaft teilzuhaben.
- **Gemeinsame Verantwortung und Teilhabe:** verstärkte Identifizierung der Öffentlichkeit mit Strategien und Maßnahmen zur Förderung der sozialen Eingliederung unter Betonung der Verantwortung der Allgemeinheit und des Einzelnen im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung.
- **Zusammenhalt:** Förderung eines stärkeren sozialen Zusammenhalts durch Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Vorzüge einer Gesellschaft ohne Armut, mit gerechter Verteilung und ohne Ausgrenzung.
- **Engagement und konkretes Handeln:** die Mitgliedsstaaten werden einen entscheidenden Beitrag zur Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung und zur Förderung dieses Engagements und des Handelns auf allen Entscheidungsebenen leisten.

Die Nationale Strategie für Deutschland beschrieb hingegen lediglich drei Ziele...

- Öffentliches Bewusstsein für von Ausgrenzung betroffene Menschen stärken
- Gemeinsame Verantwortung aller gesellschaftlichen und politischen Ebenen für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts verdeutlichen
- Nachhaltige Wirkungen durch Maßnahmen zur Überwindung sozialer Ausgrenzung erzielen,

... die wiederum in drei Themenfeldern umgesetzt werden sollten:

- Jedes Kind ist wichtig – Entwicklungschancen verbessern!
- Wo ist der Einstieg? – Mit Arbeit Hilfebedürftigkeit überwinden!
- Integration statt Ausgrenzung – Selbstbestimmte Teilhabe für alle Menschen!

In seiner Nationalen Strategie erklärte Deutschland den Slogan »Mit neuem Mut« zum Motto des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. 1,25 Millionen Euro wurden von Deutschland und der EU-Kommission für 40 Projekte sowie ca. 900.000 Euro für Kommunikation, Medien und zwei Veranstaltungen zum Auftakt und zum Abschluss des Jahres bereitgestellt.

Sowohl die EU als auch die Nationale Strategie Deutschlands betonte die Bedeutung von Teilhabe/Partizipation und sah alle gesellschaftlichen Akteure in der Verpflichtung, gegen Armut und soziale Ausgrenzung vorzugehen. Insbesondere die Zivilgesellschaft wird in die Verantwortung genommen und als wichtige Gruppe im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung verstanden, die Teilhabe und Partizipation ermöglicht. Aber was ist denn überhaupt Partizipation? Was zeichnet Teilhabe aus? Wer bestimmt Teilhabe und wer ist insbesondere von politischer Teilhabe ausgeschlossen? Schließen Armut und politische Teilhabe sich nicht aus? Hat das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung hier mit seinen Projekten und Veranstaltungen Akzente setzen können und wie könnte zukünftig mehr politische Teilhabe erreicht werden? Doch zunächst einige Begriffsklärungen. Die Bundeszentrale für politische Bildung greift in ihrem Lexikon auf folgende Definition zurück:

Partizipation

(lat.: Teilhabe). Allg.: P. bezeichnet die aktive Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen bei der Erledigung der gemeinsamen (politischen) Angelegenheiten bzw. der Mitglieder einer Organisation, einer Gruppe, eines Vereins etc. an den gemeinsamen Angelegenheiten. Spez.: 1) P. bezeichnet die Teilhabe der Bevölkerung an politischen Willensbildungsprozessen, insbesondere an Wahlen und Referenden. 2) In einem rechtlichen Sinne bezeichnet P. die Teilhabe der Bevölkerung an Verwaltungsentscheidungen. (2)

In Deutschland wird im Rahmen von **Armut** der **relative Armutsbegriff** verwandt, der durch einen Ratsbeschluss der Europäischen Union im Rahmen des 3. Armutsprogramms am 19.12.1984 wie folgt formuliert wurde:

»Als verarmt sind jene Einzelpersonen, Familien und Personengruppen anzusehen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.«

Werden nun noch die neuesten Erkenntnisse der Bertelsmann Stiftung hinzugezogen, die in ihrer Studie »Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland?« (erschienen Ende 2010) auf die mangelnde Teilhabe von Menschen mit geringem Einkommen und die nur gering vorhandenen Zugänge, insbesondere von Kindern aus Haushalten mit wenig finanziellen Spielräumen und geringer Bildung hinweisen, dann ist schwer vorstellbar, dass unter Armutsbedingungen politische Teilhabe wahrgenommen und Kinder und Jugendliche hierzu angeleitet werden können. Dies bestätigt auch der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2008:

»Aber auch hier wird ein Zusammenhang mit monetärer Armut erkennbar: Durchgängig sind Personen mit einem Einkommen unter der Armutsrisikogrenze weniger engagiert als Personen mit höherem Einkommen. Auch die politische Partizipation wird nach wie vor stark durch Bildungsstand, Einkommensposition und Ausländerstatus beeinflusst. Gezielte Angebote an einkommensschwache Bevölkerungsgruppen und niedrigschwellige Angebote im unmittelbaren Umfeld der Zielgruppen bleiben eine Herausforderung.« (3)

Auch wenn die Bundeszentrale für politische Bildung in ihrer Publikation »Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation« (4) eine generelle geringe politische Partizipation (wie z.B. Wahlgang, Teilnahme oder Initiierung von Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, freiwilliges Engagement in Vereine, Verbänden) in der Bevölkerung verzeichnet, so ist diese zusätzlich ungleich verteilt. Politische Beteiligung hängt ebenso wie der Schulabschluss bei Kindern von den individuellen sozioökonomischen Ressourcen ab.

Wird dies zugrunde gelegt, dann ist das Ziel **der gemeinsamen Verantwortung aller gesellschaftlichen und politischen Ebenen für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts** in keiner Weise erreicht und die Wirkungen des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung im Hinblick auf die politische Teilhabe eher nüchtern zu betrachten.

Bevor ich darauf eingehe, welche Möglichkeiten ich sehe, die Mut machenden Leuchttürme des Jahres weiter zu verfestigen, möchte ich noch einmal auf die generellen Wirkungen des gerade zu Ende gegangenen Europäischen Jahres eingehen.

Wenn ich auf das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung zurückschaue, dann fällt mir zu aller erst der Satz »Außer Spesen nichts gewesen« und als zweites das Märchen von dem Mädchen mit den Schwefelhölzern ein.

Das ganze Jahr hindurch gab es bei den Veranstaltungen und Aktionen ähnlich wie beim Entzünden der Streichhölzer Licht, Wärme, Energie. Ein Zusammenrücken von Verbänden und Menschen, die Einigung von den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, der Gewerkschaften, der Betroffenen und anderen Mitglieder der Nationalen Armutskonferenz auf Forderungen bzgl. der bedarfsgerechten Berechnung der Regelsätze, die Nachbesserung bei der Gesundheitsreform, die Gleichstellung von Asylbewerbern mit Empfängern von Sozialleistungen. Dieses und vieles mehr wurde in diesem Jahr geschafft. Dies erforderte aber auch viel Mühe und Anstrengungen von den beteiligten Akteuren und diesen ist es letztendlich zu verdanken, dass insbesondere das Ziel der Sensibilisierung der Öffentlichkeit gut erfüllt worden ist.

Vieles spricht dafür, dass die öffentliche Aufmerksamkeit bereits erloschen ist. Auch die meisten der 40 geförderten Projekte werden weder weitergeführt noch münden die Ergebnisse in irgendeiner Weise in Strategien zur Armutsbekämpfung finden. Es gibt keinen Ort an dem die Erfahrungen in ihrer Gesamtheit reflektiert werden. Bei einigen Projekten sind die Stelleninhaber schon nicht mehr dabei, da sie woanders ein weiteres Projekt oder eine andere Stelle angenommen haben. Gerade hier ist die Frage zu stellen, ob nicht nur Spesen getätigt wurden, um die Anforderungen der Europäischen Kommission minimal zu erfüllen.

Im Hinblick auf die Gesundheitsreform, die Sparmaßnahmen und den im Bundestag verabschiedeten Gesetzesentwurf zum SGB II, welche im hohen Maße »Arme« noch ärmer macht, deren Möglichkeiten, an der Gesellschaft teilzuhaben, noch mehr einschränkt und damit zu mehr Ausgrenzung beiträgt, ist dieses Europäische Jahr erfroren wie das Mädchen mit den Schwefelhölzern.

Weshalb die Bundesregierung und die politischen Vertreter dieses Jahr nicht nutzten, um zu reflektieren, zu vernetzen und Strategien mit allen Akteuren (Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gewerkschaften, Betroffenen etc.) gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu entwickeln und konkret zu handeln, ist leider nicht zu erklären und löst sowohl großen Ärger als auch Sprachlosigkeit aus.

Das Resümee zu diesem Jahr ist von daher zweigeteilt: Im Hinblick auf die Akteure der Zivilgesellschaft sind es mehr als nur Spesen gewesen und das Mädchen mit den Schwefelhölzern wurde zumindest gesehen, auch wenn es vielleicht nicht vor dem Tod bewahrt werden konnte. Im Hinblick auf die Politik und die Schaffung von Rahmenbedingungen, die Armut und soziale Ausgrenzung vermeiden, wurden allerdings nur Spesen getätigt auf Kosten des Mädchens mit den Schwefelhölzern.

Ausblick

Mut machend war, dass Armut und soziale Ausgrenzung von vielen Verbänden, Gremien, den Medien, Bürgerinnen und Bürgern fokussierter wahrgenommen und hierüber eine Auseinandersetzung in Gang gesetzt worden ist. Armut wird vielerorts als gesellschaftlich bedingtes und nicht nur als selbst verschuldetes Problem (wer

arm ist, ist selber schuld) wahrgenommen und dargestellt. Viele neue Kooperationen und Vernetzungen mit anderen und neuen Akteuren konnten eingegangen und angeregt werden.

Im Rahmen der Fokuswoche der Nationalen Armutskonferenz im Juni 2010 in Berlin, im Rahmen von Jugendhilfetagen und Wettbewerben gelang es auch, Betroffene und hier auch jüngere Betroffene einzubeziehen und diesen Gelegenheit zu geben, selbst zu Wort zu kommen und ihre Stimme zu erheben. Über Webseiten, wie z.B. www.sozin.de von Betroffenen initiiert und gepflegt und www.zeropoverty.de, über die gebloggt werden kann, ist eine direkte Beteiligung an politischen und gesellschaftlichen Diskussionen möglich.

Die Nationale Armutskonferenz sieht einen Ansatz, politische Teilhabe zu stärken und Betroffene einzubeziehen, in der Etablierung von Treffen mit Armutserfahrungen sowie der Einrichtung von Runden Tischen gegen Armut und sozialer Ausgrenzung. In diesen sollen alle gesellschaftlichen Akteure – hierzu zählen auch Betroffene – konkrete Ziele, Maßnahmen, Umsetzungsschritte und Indikatoren zur Überprüfung der Zielerreichung ausarbeiten und von Kommune, Land und Bund einfordern. Abstimmungsprobleme, Verschiebung von Verantwortungen zwischen Kommune, Land und Bund müssen weiter bearbeitet und angegangen werden.

Hoffnung bzw. Mut macht ebenfalls, dass im Rahmen der Europäischen Strategie 2020, die Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung aufgegriffen und eine soziale Plattform (5) eingerichtet wird. Hieran sollen alle relevanten Akteurinnen und Akteure beteiligt werden. Sollte dies gelingen, dann ist ein wichtiger und guter Schritt politischer Teilhabe auch für Betroffene zukünftig zu erleichtern.

In diesem Sinne wünsche ich uns weiterhin viel »Neuen Mut« im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, dessen Erfolg sich daran messen lässt, inwieweit die politische Beteiligung von Menschen, die in Armut leben, zugenommen hat.

Anmerkungen

(1) Datenquelle: Destatis 2006, Mikrozensus 2004

(2) Quelle: Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 4., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2006

(3) Seite 31, 3. Armuts- und Reichtumsbericht, Kurzfassung

(4) Aus Politik und Zeitgeschichte / BPB- Petra Böhnke APuZ 1-2/2011

(5) »Die Kommission wird gemeinsam mit anderen EU-Organen und Institutionen daran arbeiten, den jährlichen Runden Tisch zum Thema Armut und soziale Ausgrenzung in einen breiter angelegten jährlichen Konvent der europäischen Plattform umzuwandeln, der alle relevanten Akteurinnen und Akteure versammeln soll. Diese Veranstaltung ist für den Herbst geplant, in zeitlicher Nähe zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut. Der jährliche Konvent wird Bilanz über die Fortschritte bei der Erreichung des prioritären Ziels ziehen,

die Umsetzung der im Rahmen der Plattform angekündigten Aktivitäten überprüfen und Vorschläge für zukünftige Maßnahmen unterbreiten.« (S. 23 Mitteilung der Europäischen Kommission vom 16.12.2010, KOM (2010) 758 endgültig)

Autorin

Michaela Hofmann ist stellvertretende Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz und Referentin für Allgemeine Sozialberatung, Armutsfragen, Frauenhäuser und Gewaltschutz des Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln.

Kontakt:

Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln

Georgstr. 7

50676 Köln

Tel.: (02 21) 2010 288

Fax: (02 21) 2010 398

E-Mail: Michaela.Hofmann@caritasnet.de

caritas.erzbistum-koeln.de/

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de